

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Erzgebirgs-Anzeiger Nr. 160 Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auss. Postfach-Nr. 1000

Nr. 160

Sonntag, den 12. Juli 1931

26. Jahrgang

Dr. Luther verhandelt in Paris

Paris, 10. Juli. Reichspräsident Dr. Luther und der Gouverneur der Bank von Frankreich haben heute vormittag um 10 Uhr zu Konferenzen begonnen. Ob weitere Unterredungen folgen werden, steht bis jetzt noch nicht fest. Eine Reise nach Brüssel, von der eine englische Meldung wissen wollte, scheint nach den bisherigen Dispositionen nicht in das Programm des Reichsbankpräsidenten aufgenommen zu sein.

wichtigen Beratungen sein würden, die vor allem in Basel am 12. und 13. Juli gelegentlich der Sitzung des Verwaltungsrates der Internationalen Zahlungsbank gepflogen werden würden.

Dr. Luther bleibt in Paris

Paris, 10. Juli. Entgegen anderslautenden Nachrichten ist festzustellen, daß Dr. Luther in Paris bleibt, um seine Besprechungen fortzusetzen.

Die Fortsetzung der Unterredungen

Paris, 10. Juli. Reichsbankpräsident Dr. Luther hat sich in Begleitung des Gouverneurs der Bank von Frankreich um 1 1/2 Uhr zum Finanzminister Flandin begeben. Es fand eine Unterredung statt, an der auch der ehemalige Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, teilnahm. Kurz vor 17 Uhr verließ Moreau das Finanzministerium; jedoch dauerte die Unterhaltung des Reichsbankpräsidenten und des Gouverneurs der Bank von Frankreich, Moreau, mit Finanzminister Flandin noch etwa eine Viertelstunde an. Kurz nach 17 Uhr verließen Moreau und Dr. Luther das Finanzministerium. Der Reichsbankpräsident lehnte es ab, irgendeine Erklärung abzugeben.

Wegen dieser Unterredungen im französischen Finanzministerium ist die bereits angekündigte anfängliche geplante Abreise des Reichsbankpräsidenten mit dem Nordzug nach Paris um 16.20 Uhr verläßt, unterbleiben.

Latonische Erklärung Dr. Luthers über seinen Besuch beim Gouverneur der Bank von Frankreich

Paris, 10. Juli. Als Reichsbankpräsident Dr. Luther bei dem Gouverneur der Bank von Frankreich erschien, umdrängen ihn Journalisten, die eine Erklärung wünschten. Reichsbankpräsident Dr. Luther begnügte sich zu bemerken, er habe mit Moret heute vormittag nur als Bankier zum Bankier gesprochen und er könne weiter nichts sagen.

Nur ein Auktast

Paris, 10. Juli. Nach einem Bericht der Agentur Havas hat sich der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, ebenso wie Reichsbankpräsident Dr. Luther geweigert, irgendwelche Auskünfte über die heutigen Besprechungen zu geben. Die Agentur Havas glaubt, daß die Verhandlungen eifrig fortgesetzt werden und daß die heutigen Besprechungen in Paris nur der Auftakt zu weiteren ebenso

Reparationskonto will die „Politika“ noch nicht sprechen, gibt aber der Heberzeugung Ausdruck, daß auch diese fortzusetzen seien.

Nachdem die Hauptmächte den Vorschlag Hoovers angenommen haben, kommt den südslawischen Entwurfsungen schwerlich größere praktische Bedeutung zu.

Sichere Mehrheit für Hoover-Moratorium im amerikanischen Kongress

New York, 10. Juli. Die „New York Times“ aus Washington meldet, ist Hoover bezüglich der Ratifikation des Moratoriums durch den Kongress durchaus zuversichtlich, denn 70 Senatoren und 295 Mitglieder des Repräsentantenhauses hätten sich verpflichtet, seinen Plan zu unterstützen, so daß eine sichere Mehrheit durchaus gewährleistet sei. Man glaubt übrigens, daß auch die übrigen Mitglieder sich ebenfalls günstig zu dem Schritt des Präsidenten stellen werden.

Amerika und die Abrüstungskonferenz

Genf, 10. Juli. Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht heute die Mitteilung der Regierung der Vereinigten Staaten, daß sie die Einladung des Generalsekretärs zur Teilnahme an der Weltabrüstungskonferenz am 2. Februar 1932 annimmt. Die amerikanische Regierung, heißt es in dem Schreiben des Vertreters der Vereinigten Staaten in Bern, nimmt mit großer Befriedigung die Einladung an. Sie beglückwünscht sich bei dieser Gelegenheit, mit den anderen Nationen mitzuarbeiten an einer gemeinsamen Anstrengung, um die Produktion zu vermindern und die Last der Abrüstungen zu erleichtern, die über der Welt lagert.

Amerikanisch-englisch-französischer Reichsbankkredit?

New York, 10. Juli. In Wallstreetkreisen erwartet man, daß das Federal Reserve Board, die Bank von England und die Bank von Frankreich der Reichsbank unverzüglich einen Kredit zwischen 200 und 300 Millionen Dollar einräumen würden unter der Bedingung, daß diese zu Kreditrestriktionen oder Rationierungen schreiten, und die privaten Bankinstitute Amerikas, Englands und Frankreichs die bisher gewährten Kredite weiter in Deutschland belassen.

Die Kreditaktion für Deutschland

London, 10. Juli. Zum Londoner Besuch des Reichsbankpräsidenten Dr. Luthers schreibt Financial Times in einem Leitartikel: Die verschiedenen Berichte, wonach die Zentralnotenbanken zur Gewährung von Krediten zwischen 50 und 100 Millionen Pfund Sterling aufgefordert werden sollen, sind in ihren Einzelheiten vielleicht ohne Grundlage, in der Hauptsache aber treffen sie zu weitestgehend zu. Anscheinend soll in Basel ein großer Plan ausgearbeitet und in Wirksamkeit gesetzt werden. Das Blatt fährt fort: Gegenwärtig scheint Deutschland von dem Hooverplan und seinen Folgen mehr Schaden als Nutzen zu haben. Die fortgesetzte Abwanderung von Geld aus Deutschland braucht nicht unbedingt zu bedeuten, daß die dortige Lage als schlimmer betrachtet werde. Nervosität über den Ernst der allgemeinen Lage hat vielleicht die jaghaftesten Kapitalgeber zur Zurückziehung ihrer Guldnoten veranlaßt. Wenn erst befriedigende Abmachungen über den Hoover-Plan fertig sind, sollten diese Gelder wieder nach Deutschland zurückfließen. Die Zurückziehung von Geldern in Höhe von annähernd 200 Millionen Pfund Sterling in wenigen Monaten muß, so heißt es in dem Artikel weiter, auf die Hilfsquellen eines Landes einen gewaltigen Druck ausüben. Eine der Hauptfunktionen des internationalen Kredits, der jetzt veranlaßt wird, wird darin bestehen, den Kapitalgebern Gewisheit zu geben, daß sie im Notfall ihre Gelder wieder zurückziehen können, ohne eine ernste Wertverminderung infolge Sinkens des Wechselkurses befürchten zu müssen. Wenn es erst allgemein bekannt ist, daß Deutschland einen ausreichenden Vorrat von Sterling, Dollars, Franken und Gulden zur Verfügung hat, dann wird der Rückfluß der Kredite, die Deutschland so dringend braucht, wieder glatt von statten gehen.

Beharrliches amerikanisches Interesse für die Reise Dr. Luthers

Paris, 10. Juli. Wie Havas aus New York berichtet, begegnet die Reise Dr. Luthers nach London und Paris in den Kreisen der Wallstreet lebhaftem Interesse. Man glaube, daß die Federal Reserve Bank geneigt sei, an den Krediten, die eventuell der Reichsbank bewilligt werden könnten, sich zu beteiligen. „Journal“ geht in seiner Berichterstattung über die Reise Dr. Luthers noch weiter. Wie es in einer Meldung aus London glaubt mitteilen zu können, soll Dr. Luther zugunsten der Reichsbank um eine Anleihe von 50 Millionen Pfund Sterling ersucht haben, die zu dem Betrage einer entsprechenden, von den New Yorker Banken bereits bewilligten Anleihe hinzukommen solle.

Einladungen zur Sachverständigenkonferenz verschickt

London, 10. Juli. Das Foreign Office hat heute nachmittag Einladungen an die hauptsächlichsten am Youngplan interessierten Mächte zu der Konferenz in London geschickt, die Freitag nächster Woche um 11 Uhr im Schayamatt beginnt. Die Einladungen sind an Frankreich, Italien, Japan, Belgien, die Vereinigten Staaten und Deutschland ergangen. Wie verlautet, hat das britische Schayamatt der W.B. mitgeteilt, daß es auf die am 15. Juli fällige Teilsumme der geschätzten und ungegeschätzten Annuität verzichtet. Diermit hat Großbritannien den Hooverplan offiziell in Kraft gesetzt.

Englisch-französischer Meinungsaustausch über die Londoner Konferenz

London, 10. Juli. Der britische Botschafter in Paris, Lord Tyrrel, erörterte gestern, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ wissen will, mit der französischen Regierung einige Fragen, die mit der geplanten Londoner Konferenz zusammenhängen. London wünschte dringend endgültige Zusicherungen der französischen Regierung, daß französische Kabinettsmitglieder an der Konferenz während ihres Schlusstadiums teilnehmen werden. Auch über die Frage, ob irgendeine der kleinen Mächte, und wenn ja, welche, eingeladen werden solle, mußte zwischen London und Paris noch eine Einigung hergestellt werden.

London, 10. Juli. Der Brüsseler Korrespondent der „Morning Post“ meldet, die belgische Regierung habe die Einladung Großbritanniens zur Sachverständigenkonferenz in London angenommen. Der Athener Korrespondent der „Morning Post“ berichtet, auf einer am 17. abzuhaltenden Konferenz der kleineren Staaten, die an der Londoner Zusammenkunft der Sachverständigen nicht beteiligt sind, werde Griechenland eine Denkschrift unterbreiten, in der es um eine Vereinbarung ersucht, durch die seine Finanzen nicht geschädigt werden.

Südslawien gegen den Hooverplan

Belgrad, 10. Juli. Wie auf Grund der bisherigen Erklärungen von maßgebender südslawischer Seite zu erwarten war, lehnt Südslawien den Hooverplan ab und betrachtet das französisch-amerikanische Abkommen als für unverbindlich. Die „Politika“ erklärt, wenn der amerikanische Vorschlag auf Südslawien angewendet würde, hätte Belgrad 80 Millionen RM im Jahre zu verlieren. Es seien wohl Anleihenentscheidungen für die kleinen Staaten vorgezogen, aber man könne nicht verstehen, mit welchem Rechte die amerikanischen Machtleute Südslawien an Stelle seines „Eigentums“ Anleihen bieten wollten. Solange die Amerikaner nicht genau erklärten, wer sie zu ihrem Vorgehen ermächtigt habe und wie sie sich ihre Pläne vorstellten, blieben alle Abkommen für Belgrad unerschwinglich. Weber die deutschen Reaktionen auf

Steinwürfe auf das amerikanische Konsulat in RSN

RSN, 10. Juli. Ein Fenster des hiesigen amerikanischen Konsulats wurde heute nachmittag durch Steinwürfe zertrümmert. Die Täter, vermutlich Kommunisten, konnten bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Die polizeilichen Ermittlungen sind im Gange.

RSN, 11. Juli. Bei den Ausschreitungen gegen das hiesige amerikanische Konsulat wurde, wie die „Rölnische Zeitung“ meldet, ein Konsulatsbeamter durch die Glas splitter des Fensters im Raden verletzt. Etwa 10 bis 12 jüngere Leute unter Führung eines älteren Frau stellten sich, während die Steine geworfen wurden, vor das Gitter und riefen, wie die „Rölnische Zeitung“ weiter berichtet, gibt die Regier frei! Es handelt sich wahrscheinlich, wie das Blatt bemerkt, um eine Kundgebung gegen das Todesurteil gegen den jungen Regier, die sich an weißen Mädchen vergangen haben sollen und dieser Tage hingerichtet werden sollten.

Allgemeines Aufzugs- und Uniformverbot in Bayern

München, 10. Juli. Das Staatsministerium des Innern hat mit Zustimmung des Ministerrates für das ganze Staatsgebiet ein allgemeines Aufzugsverbot und ein Uniformverbot erlassen. Nach dem Aufzugsverbot, das sich auf Artikel 123 Absatz 2 der Reichsverfassung stützt, sind alle politischen Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich der Aufzüge und Propagandaschauen verboten. Das Uniformverbot stützt sich auf § 8 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen und verbietet für alle politischen Vereinigungen das Tragen einheitlicher Kleidung und Abzeichen, mit Ausnahme der sogenannten Bundesnabel. Die beiden Verbote treten sofort in Kraft und gelten bis zum 30. September 1931.

Nationalsozialistische Demonstrationen gegen den Remarque-Film

Berlin, 11. Juli. Aus Anlaß der Aufführung des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“ in den Palastrichtspielen kam es gestern abend zu großen Demonstrationen seitens der Nationalsozialisten. Nach Schluß der zweiten Aufführung um 9 Uhr wurden die Filmbesucher von Demonstranten mit lebhaften Protestrufen, dem Gesang des Deutschland-Liedes und verschiedener nationalsozialistischer Kampflieder empfangen. Starke Aufgebote der Schutzpolizei zerstreuten die Demonstranten mit dem Gummiknüppel. Nach Schluß der letzten Vorstellung um 11 Uhr kam es erneut zu Kundgebungen, die von der Polizei ebenfalls mit dem Gummiknüppel unterdrückt werden konnten. Die Filmbeschauungen selbst verliefen ruhig. Es wurden etwa 20 Eistörungen vorgenommen.

Reichstagspräsident Lobe im Straßentumult

Heidelberg, 10. Juli. Anläßlich eines kurzen Besuches des Reichstagspräsidenten Lobe in Heide, während